

ASTA-

Programm WS78/79

uncl

ASTA-

Rechenschaftsbericht

SS 78

Druck: ASTA-Druck THD

ASTA-PROGRAMM

Einleitung

Im Zuge der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung Anfang der sechziger Jahre erlebte auch das Bildungswesen einen starken quantitativen Aufschwung. Zur Zeit der großen Koalition entwickelte die Bundesregierung durch eine entsprechende Gesetzgebung Initiativen (z.B. Honneffer Modell), die der wissenschaftlichen und technischen Expansion der industriellen Produktion Rechnung tragen und ein ausreichend qualifiziertes Arbeitskräftepotential ausbilden helfen sollten. In der Folge schlug sich die zunehmende Reformeuforie in der Regierungskoalition der SPD und FDP nieder, die auf Grund der wirtschaftlichen Situation ein fortschrittliches Bildungsprogramm propagieren konnte, das sowohl die wachsenden Forderungen der Bevölkerung nach "Chancengleichheit, Demokratisierung des Bildungswesens, mehr Arbeiterkinder an die Hochschule" etc. als auch den steigenden Bedarf der Industrie nach qualifizierten Arbeitskräften berücksichtigen sollte.

Die politische und wirtschaftliche Situation hat sich seitdem jedoch grundlegend gewandelt. Das Wirtschaftssystem der BRD befindet sich in einer Krise, die vor allem durch hohe Arbeitslosigkeit gekennzeichnet ist. Auch die Nachfrage der Industrie nach Akademikern ist spürbar zurückgegangen. Dementsprechend erforderte die veränderte wirtschaftliche Situation eine Umstrukturierung der Staatsausgaben, so daß in zunehmendem Maße das Bildungssystem zugunsten von Unternehmerprofiten rationalisiert wurde und wird.

Angestrebt wird der "Schmalspurakademiker", der gezielt, nach den Bedürfnissen der Industrie ausgebildet werden soll und bei Bedarf reibungslos ausgewechselt werden kann. Mit Hilfe einer Reihe von Gesetzen und Erlässen (Radikalerlaß, HRG, Ordnungsrecht, Oberstufenreform etc) wird versucht, das ab Mitte der sechziger Jahre entstandene gesellschaftskritische Potential an den Hochschulen auszutrocknen. Kritikfähigkeit gefährdet gerade in der jetzigen Situation den Fortbestand des kapitalistischen Wirtschaftssystems und soll deshalb mit allen Mitteln unterbunden werden.

Politische Arbeit unter HHG-Bedingungen

Der studentische Widerstand in den vergangenen Jahren gegen die Anpassung des HHG an das HRG konnte nur eine graduelle Veränderung des Landesgesetzes erzwingen, so daß das HHG in seiner grundlegenden Substanz gegen den Willen der Studenten, ande-

Hochschulfest:

Trotz kurzer Vorbereitungszeit von nur 2 Monaten führte der AstA am 24. 6. 78 nach langer Zeit wieder ein Hochschulfest durch. Obwohl 4.000 - 5.000 Studenten das Fest besuchten, ließ es sich - verursacht durch das besonders schlechte Wetter - nicht verhindern, daß durch das Hochschulfest ein Defizit erwirtschaftet wurde (eine Abschlußrechnung konnte noch nicht erstellt werden).

Dem AstA steht wegen der Verunreinigungen des Teppichbodens des Audi-Max während des Festes u.U. noch eine Rechnung von ca. DM 6.000,- ins Haus, die der Kanzler Dr. Wilke (Vermögensverwalter der Hochschule von der Studentenschaft beglichen haben will.

- Matthias Fingerling
- Christian Flöter
- Klaus Horst
- Uschi Klär
- Matthias Kollatz
- Turgay Kurultay

Darmstadt, den 2. November 1978

Rechtsberatung:

Da sich die Anwaltssozietät Roeder, Schoen, Kern, mit der Asta seither ein Rechtsberatungsabkommen hatte, mittlerweile aufgelöst hat und darüberhinaus in der Vergangenheit das Verhältnis Asta-Anwaltsbüro sich nicht zu unserer Zufriedenheit gestalten ließ, hat der Asta das Rechtsberatungsverhältnis zum 31.10.78 gekündigt. Seit dem 1.11.78 besteht jedoch ein in Umfang und Inhalt gleichwertiger Beratungsvertrag zwischen dem Asta-THD und RA Werner Manshold, Adelongstr. 25, 6100 Darmstadt

Bewirtschaftungskosten für Räume der Studentenschaft

Nachdem die Studentenschaft der THD im Verwaltungsverfahren Studentenschaft der THD ./. Technische Hochschule Darmstadt in 1. Instanz vor den VG Darmstadt bereits im Juli 1977 Recht bekam, hat die Hochschule auf Weisung des Kultusministeriums gegen diese Entscheidung Berufung eingelegt. Das Verfahren ist jetzt noch vor dem Hessischen Verwaltungsgerichtshof (VHG) in Kassel anhängig. Da im Haushaltsplan 78 des Landes Hessen folgender Haushaltsvermerk (auf Initiative des Herrn Pfaffendorf CDU aus dem Kultusministerium) neu aufgenommen wurde

"Ausgaben für die Bewirtschaftung der den Studentenschaften der Hochschulen in Landeseigenen Gebäuden mietfrei überlassenen Räume dürfen aus den Mitteln, die das Land nach § 10 Abs. 1 des Hochschulgesetzes zur Deckung des Finanzbedarfs der Hochschulen bewilligt, nicht geleistet werden".

Ist ab Januar 1978 in dieser Frage eine neue Rechtssituation eingetreten. Indessen hat auch die Technische Hochschule, auf Weisung des Kultusministeriums der Studentenschaft wieder eine Kostenrechnung für das 1. Halbjahr 78 über entstandene Bewirtschaftungskosten für die Räume der Studentenschaft in Höhe von DM 6.355,- zugestellt.

Zur Zeit wird vom Asta noch geprüft, ob gegen diese Forderung wieder in 1. Instanz geklagt werden soll, oder ob der VGH-Kassel diesen neuen Rechtsstreit gleich mitentscheidet. Ein möglicher Termin vor dem VGH-Kassel ist wegen Überlastung des Gerichts noch nicht in Sicht.

Sollte die Studentenschaft den anhängigen Rechtsstreit in 2. Instanz verlieren, so kämen auf sie für die Jahre seit 1975 mehrere Zehntausend DM zu (ca. DM 60.000,- bis 80.000,-).

Schloßkeller

Für das Haushaltsjahr 1977 hat der Schloßkeller mit einem leichten Plus abgeschlossen. Für das Haushaltsjahr 1978 ist mit einem erheblichen Defizit zu rechnen. Für die Zukunft muß m.E. das Konzept des Schloßkellers neu überdacht werden, da er offensichtlich für viele Studenten zu wenig attraktiv ist. Dies hat zur Folge, daß bei gleichbleibenden bzw. steigenden Unkosten die Tendenz zum Defizit vorhanden ist.

Die Technische Hochschule Darmstadt hat zum 31.12.78, wiederum auf Weisung des Kultusministers, den Nutzungsvertrag für den Schloßkeller gekündigt und zwar mit dem Ziel, daß die Studentenschaft auch die Bewirtschaftungskosten für den Schloßkeller übernimmt. Sollte sich dies nicht verhindern lassen (ausstehendes Gerichtsurteil) sehe ich keine Chancen den Schloßkeller weiterhin zu betreiben.

rer Hochschulangehöriger, aber auch außeruniversitärer Organisationen verabschiedet wurde.

- Der Zwang zur Anpassung der Studieninhalte an die Regelstudienzeit läßt eine inhaltliche Studienreform sehr fraglich erscheinen und dürfte die Tendenz verstärken, in den vorgegebenen Rahmen von 8 Semestern so viel wie möglich hineinzupacken. Dadurch wird die Hochschule zu einer Ausbildungsfabrik, ein wissenschaftlich qualifiziertes Studium verhindert und Leistungsanforderung und -druck erheblich erhöht.

- In naher Zukunft werden die Instrumente des Kultusministers wie VB u. OS zur Disziplinierung der Studenten und ihrer Organe an den Hochschulen eingerichtet werden, so daß mit einer verstärkten Kontrolle der politischen Arbeit von ASTen, Fachschaften und einzelnen Studenten gerechnet werden muß.

- Durch Planstellen- und Finanzmittelsperren wird die unerträgliche Situation an den Fachbereichen noch erheblich verstärkt und eine ausreichende Betreuung der einzelnen Studenten unmöglich gemacht. Die Folge sind noch größere Arbeits- und Übungsgruppen und Massenveranstaltungen, in der Anonymität die Studenten zu versinken drohen.

Für den Asta stellen sich unter diesen Bedingungen folgende Aufgabenschwerpunkte auf den Ebenen der Gremien-, Fachschafts- und Öffentlichkeitsarbeit:

1. Umsetzung des HHG / Studienreform
2. Fachschaftsarbeit
3. Problem studentischer Organisationen
4. **Zusammenarbeit mit anderen Organisationen**
- 5: Soziales
6. Einrichtung des 6. Referates , Ausländerbetreuung
7. Öffentlichkeitsarbeit

zu 1.: Einer der wichtigsten Schwerpunkte der Asta-Arbeit liegt im Kampf gegen die Umsetzung des HHG an den einzelnen Fachbereichen und an der Uni insgesamt. Die Forderungen der Studentenbewegung nach grundlegender inhaltlicher Studienreform ist nicht umgesetzt worden. Kennzeichnend für die meisten Studiengänge ist auch heute noch, daß die Ziele des Studiums nicht definiert ^{und} auf die Notwendigkeit und Bedürfnisse der Bevölkerung bezogen sind, sondern im wesentlichen nach Tradition reproduziert wird.

Von den Studenten, die in die Beratung kamen hatten im Widerspruchsverfahren etwa 2/3 Erfolg. (Insgesamt etwa 1/3)

Des weiteren nahm ich, ohne Stimmrecht, an den Vorstandssitzungen des Studentenwerks teil.

Wie mein Vorgänger habe ich eine Mensa-Freitisch-Spenden-Aktion durchgeführt und das so gesammelte Geld in Form von Essensmarken an bedürftige Studenten verteilt. Im SS standen DM 3.000,- zur Verfügung, für das Wintersemester werden es ca. sein.

Die Studentenschaft wurde erneut Mitglied im Mieterverein. Ihre alte Mitgliedschaft war offensichtlich mit etlichen Jahren in Vergessenheit geraten und vom Mieterverein gestrichen worden, da die Studentenschaft keine Mitgliedsbeiträge mehr bezahlte hatte.

Ein weiterer Schwerpunkt der Referatsarbeit lag im Sammeln an Werben und Weitergeben von Informationen.

So habe ich das BAFÖG-Flußdiagramm erstellt, das in der letzten 1. Semester-WUB veröffentlicht wurde und gemeinsam mit dem Geschäftsführer des Studentenwerks eine Pressekonferenz veranstaltete, zur Beschäftigungssituation ausländischer Studenten, die vor kurzem zum Erfolg geführt hat.

Kritik der Arbeit:

- aufgrund der Überlastung in diesem Referat, habe ich den Bereich Wohnen vernachlässigt.
Daraus wurde inzwischen die Konsequenz gezogen, das Referat aufzuteilen.
- Meine Öffentlichkeitsarbeit war nicht ausreichend.

Ausländerreferent

Die Arbeit des Ausländerreferenten steht in direkter Verbindung mit der Arbeit des Ausländerausschusses, der durch Initiativen der ausländischen Vereine gegründet wurde. Als Ausländerreferent hatte ich die Aufgabe, die Koordinationsarbeit innerhalb des Ausländerausschusses zu leisten. Abgesehen von Aktivitäten des Ausländerausschusses lief die Beratung für ausländische Studenten. Nach dem ich gewählt wurde, kam eine ruhige Zeit für den Ausländerausschuß. Da spielen sowohl aktuelle Schwierigkeiten als auch langfristige Gründe eine Rolle. Trotzdem liefen Versuche im Studienkolleg einen bewußten Widerstand aufzubauen, aber ohne ein nennenswertes Ergebnis.

Die ausländischen Vereine haben beim Hochschulfest mitgemacht.

Der Ausländerausschuß hat dieses Jahr für die StuPa-Wahlen eine eigene Liste aufgestellt.

Wir haben zwar vor den Ferien eine VV gemacht aber Neuwahlen fanden nicht statt.
Zum Bericht ist noch zu erwähnen, daß die Clubräume in der Frankfurterstr. 10 aufgegeben wurden.
Außerdem hat der Ausländerausschuß bei der Verteilung von Beihilfen an ausländische Studenten weiter mitgewirkt. Das waren die wichtig-

die bisherigen Erfahrungen einzelner Fachschaften informieren und einige OB's exemplarisch vorstellen. Gemeinsam mit den Fachschaften soll der ASTA zu diesem Thema eine WUB herstellen und außerdem eine Tagung (z.B. Seminar, AG's) zur Erstsemesterbetreuung durchführen.

- Der ASTA wird auch erfolgreiche Aktionen an einzelnen Fachschaften gegen die Studienverschlechterungen u.ä. darstellen, um so der studentischen Resignation entgegen zuwirken und die Notwendigkeit des organisierten Widerstandes aufzuzeigen.

- Anhaltende Arbeitslosigkeit und sehr stark eingeschränkte Möglichkeiten der Berufsausbildung machen dringend eine verstärkte Auseinandersetzung mit diesem Problembereich notwendig. Deshalb wird der ASTA in den Fachschaften das Problem der Berufsperspektive der Studenten zur Diskussion stellen und dazu Veranstaltungen anregen.

- In stärkerem Maße muß der ASTA zu einer Anlaufstelle für die materiellen Probleme der Studenten werden. Dazu ist eine größere Selbstdarstellung seiner Aufgaben und Möglichkeiten erforderlich.

zu 34:

In den vergangenen Jahren hat sich in immer stärkerem Maße für die Studenten die Notwendigkeit gezeigt, in ihrem Kampf gegen die Verschärfung der Studienbedingungen eine intensive Öffentlichkeitsarbeit zu betreiben und u.a. Unterstützung durch Gewerkschaften, Parteigliederungen, anderen-Hochschul-Angehörigen zu erhalten.

Die Probleme der Hochschule können nicht losgelöst von den allgemeinen politischen Verhältnissen betrachtet und somit auch nicht hochschulintern gelöst werden.

Gleichzeitig ist es im weiteren Kampf gegen die restriktive Bildungspolitik und die Durchsetzung des HHG's an den Hochschulen erforderlich, bei Interessensübereinstimmung die bestehenden Ansätze gemeinsamen Vorgehens aller HS-Angehörigen weiterzuentwickeln und eine Zusammenarbeit zu intensivieren.

Der ASTA wird zu diesem Zweck die Bildung eines Hochschulpolitischen Arbeitskreises vorschlagen, der mit Erklärungen, Aktionen und Veranstaltungsvorschlägen etc. zu Problemen wieder Umsetzung des HHG's, Finanz- und Planstellenstop usw. die gemeinsame Betroffenheit aller Hochschulangehörigen zum Ausdruck bringen soll.

Schwerpunkten neu zu organisieren:

1. Sammeln von Daten
Ich fragte bei den einzelnen Fachschaften an, um Termine Räume aber vor allem Arbeitsschwerpunkte, Zusammenarbeit mit anderen Fachschaften oder Gruppen zu erfahren. Der Rückfluß war leider nur sehr gering. Was sich aber daraus erkennen ließ, war die Bedeutung der Studienberatung für Studienanfänger in der Fachschaftsarbeit.

Die Raumnummern und Telefonnummern - so weit vorhanden - und die Sitzungstermine der Fachschaften brachte ich im Personal- und Studienplanverzeichnis der THD unter, um Studenten und im besonderen Studienanfängern die Möglichkeit zu geben, sich schnell an ihre Vertreter wenden zu können.

2. Orientierungsveranstaltungen der Fachschaften
Die meisten Fachschaften machten im letzten Jahr verstärkte Anstrengungen eine Studienberatung im Sinne einer Orientierungsveranstaltung für Studienanfänger zu entwickeln und von sich aus anzubieten. Als Modell dienten dabei die "Orientierungstage" der Fachschaft Chemie, die darüber schon länger arbeitete. Ich verteilte Informationen an die Fachschaften, versuchte die Diskussion darüber anzuregen und bat mir über Aktivitäten, Modelle, Materialien etc. Auskunft zu geben, um einen breiten Erfahrungsaustausch zu ermöglichen.

3. Fachschaftsvertreterplenum (FSVP)
Vor einiger Zeit ist ein FSVP eingeführt worden, um einen Informations- und Erfahrungsaustausch zwischen den Fachschaften auf der einen und den Fachschaften und dem ASTA auf der anderen Seite zu ermöglichen. So sollte auf dem FSVP die Teilnahme am bundesweiten Streik inhaltlich vorbereitet und auch andere gemeinsame Aktionen besprochen werden. Die Diskussion auf dem Plenum verlief allerdings immer unbefriedigender was dazu führte, daß mehr und mehr die Fachschaftsvertreter dem Plenum fern blieben. Somit war noch nicht einmal ein Informationsaustausch mehr möglich.

Mit dem zukünftigen Fachschaftsreferenten habe ich ein neues Modell diskutiert: Die ASTA-Referenten besuchen die einzelnen Fachschafts-sitzungen, um die Probleme und die unmittelbare Diskussion zu erfahren, Informationen direkt weiterzugeben und mit den Fachschaften über ASTA-Aktivitäten zu diskutieren. Ein FSVP wird nur noch in dringenden Fällen oder auf Wunsch der Fachschaftsvertreter einberufen. Wir versprechen uns davon eine Verbesserung der Kommunikation zwischen den Organen der Studentenschaft.

Info-Referentin

Zu den regelmäßigen Routineaufgaben des Info-Referenten gehört die hochschulinterne Informationsarbeit.

- 1. Das Sichten, Ordnen und Sammeln der regelmäßig einlaufenden Informationschriften
- 2. Vervielfältigen von interessanten Artikeln - vor allem aus Hochschulzeitungen für die Fachschaften
- 3. Durcharbeiten von Tageszeitungen und Auswahl von Zeitungsartikeln, die zusammengestellt werden und als sog. IB für die Fachschaften

ASTA-Programm zum Bereich "Soziales"

1. Die finanzielle Lage der Studenten

In den letzten Jahren hat sich die finanzielle Situation der Studenten ständig verschlechtert.

Dadurch, daß die Bafög Höchsthöchstförderungsätze lange Zeit konstant blieben, die Inflation aber einen Teil der Förderung auffraß, sank die reale Höhe der Förderung. Hinzu kam, daß die Einkommen der Eltern zwar nominell gestiegen ist, real jedoch stagnierten, die Freibeträge jedoch nicht dem zahlenmäßig erhöhten Einkommen angepaßt wurden. Auf diese Weise sank auch der nominale Förderungssatz der meisten Studenten beträchtlich bzw. Studentenförderung aus der Förderung heraus. Seit Juni dieses Jahres gilt eine weitere restriktive Bestimmung, nämlich die, daß künftig die Altersgrenze bis zu der Bafög beantragt werden kann, von 35 Jahren auf 32 Jahre gesenkt wurde. Diese Maßnahme betrifft vor allem die Studenten, die über den zweiten Bildungsweg an die Hochschule kommen

Die durchschnittlichen Ausgaben (nicht die eigentlich notwendigen Lebenshaltungskosten) eines Studenten lagen nach StuWe-Berechnungen bei DM 638,- pro Monat. Die durchschnittliche Förderungshöhe der Darmstädter Studenten lag jedoch bei DM 457,-. Nur 5 % aller Studenten in der BRD erhalten von ihren Eltern DM 600,- und mehr im Monat.

Hinzu kommt, daß durch die Einführung der Regelstudienzeit es für die meisten der jetzt anfangenden Studenten nicht mehr möglich sein wird, nebenher zu arbeiten, da das Studium zum "fulltime-job" wird. Das bedeutet für viele Studenten, die zu ihrem Lebensunterhalt selbst beitragen müssen, daß sie ihr Studium abbrechen müssen. So wird durch Bafög-Politik, außer einer qualitativen Selektion (nur die Studenten mit den besten Durchschnittsnoten dürfen studieren) auch eine soziale Selektion betrieben, d.h. nur die Studenten, die entweder Bafög-Höchstsatz oder einen entsprechenden Betrag von zu Hause beziehen, können ihr Studium ohne finanziellen Druck durchführen.

Besonders betroffen davon sind natürlich Studenten aus unteren und mittleren Einkommenschichten.

Die Öffentlichkeit muß stärker auf die finanziell schlechte Situation der Studenten aufmerksam gemacht werden. Es muß darauf hingewiesen werden, daß ein intensives und verantwortliches Studium, das den Studenten in die Lage versetzt selbstständig und gesellschaftlich verantwortlich zu arbeiten, nur bei ausreichender finanzieller Absicherung möglich ist.

Es gilt, in der öffentlichen Diskussion mit gesellschaftlichen Gruppen, z.B. mit Gewerkschaften, politischen Parteien u.a., und der Bevölkerung das finanzielle Problem der Studenten transparent zu machen und sie zur Unterstützung unserer Forderungen zu gewinnen.

Der Öffentlichkeitsarbeit kommt durch die bevorstehende Bafögnovellierung besondere Bedeutung zu.

ASTA-Rechenschaftsbericht

Dieser Bericht soll in kurzer Form die Arbeit des letzten Semesters aufführen.

Im Mittelpunkt stand die Verabschiedung des Hessischen Hochschulgesetzes. Der ASTA informierte ständig über den Stand der Diskussion im Landtag und versuchte, die Konsequenzen der einzelnen vorgesehene Regelungen zu verdeutlichen.

An der Hochschule wurde neben der Informationsarbeit in Koordination mit den anderen hessischen Asten eine zentrale Demo in Wiesbaden vorbereitet. Zur Verbreiterung der Informationsarbeit wurde auch von mehreren hessischen Hochschulen ein Fußmarsch nach Wiesbaden durchgeführt.

Diese Demonstration war von der Beteiligung der Studenten her ein Erfolg. Bei der Diskussion um das Gesetz wurde deutlich, daß es von kaum einem HS-Angehörigen vertreten wird und somit eine glatte Umsetzung an den Hochschulen nicht möglich scheint, auch wenn die Verabschiedung im Landtag ohne substantielle Änderungen erfolgte. Die erreichten (kleinen) Verbesserungen (Übergangsregelstudienzeit, Fachschaften, Ordnungsrecht, Mitbestimmung, Vermögensbeirat) sind sicherlich auch mit auf den student. Protest zurückzuführen.

An weiteren Aktionen wurde mit anderen Organisationen eine Argentinien-Woche durchgeführt (4 Veranstaltungen u. Fußballturnier), über das RUSSELL-Tribunal informiert u. dazu eine Veranstaltung in der Vorbereitungsphase entscheidend mitgetragen, über die Verschlechterung der Mensasituation berichtet und dazu eine Befragung durchgeführt.

Zu aktuellen Fragen (Berufsverbote, 17. Juni, Nazi-Demo in Frankfurt 1. Mai, Unterstützung des Druckerstreiks) über die in den Medien kaum oder gar nicht oder verzerrt berichtet wurde, veröffentlichte der ASTA Kurzinfos und unterstützte Aktionen.

Es wurden WUB zu folgenden Schwerpunktthemen herausgegeben u. verteilt:

- 16. CDU-Gesetzentwurf, Lage in Badenwürttemberg etc.
- 17. Havemann/Bahro
- 18. polit. Disziplinierung der Studentenschaft/Wohnsituation
- 19. Das hess. HHG, Karlishof
- 20. Demokratie: Recht u. Freiheiten

Serviceleistungen konnten verbessert werden: durch Anschaffung neuer Kopierer und Umstellung der Druckerei konnte der Service beschleunigt und die Kopierpreise bis zuletzt auf 0,6 pro Kopie gesenkt werden. Durch Aufstellung zusätzlicher Spezialkopierer wurde das Angebot verbreitert.

- Der Asta schlägt einen regelmäßigen Treff der Wohnheimsprecher und sonstigen interessierten Wohnheimbewohnern vor.
- Unterstützung der Vertreter der Studentenwohnheimen gegenüber dem Stu-We
- durch Zusammenarbeit mit Mietervereinen den Druck von Seiten der Vermieter zu vermindern und durch Rechtsberatung und Rechtshilfe Unterstützung zu gewähren.
- Schwarze Listen von Vermietern anzuliegen, die: überhöhte Mieten fordern, illegale Mietverträge und Hausordnungen benutzen, nicht an Ausländer vermieten und diese öffentlich zu machen
- durch Zusammenarbeit mit Bürgerinitiativen, die weitere Zerstörung von Wohnraum zu verhindern

Die Lage der ausländischen Studenten

Die materielle Situation der ausländischen Kommilitonen ist vielfach noch schlechter als die der deutschen Studenten. Viele haben kein regelmäßiges Einkommen oder bekommen nur wenig Geld von zuhause. Es ist auch immer noch festzustellen, daß viele Vermieter nicht an Ausländer vermieten, so daß diese oft auf teure Appartements ausweichen müssen. Durch staatliche Auflagen wird ihre Situation noch verschlechtert. Die meisten Ausländer müssen das Studienkolleg besuchen, wo sie das Abitur nachholen müssen, da entsprechende Zeugnisse ihres Heimatlandes nicht anerkannt werden. Die Leistungsanforderungen am Studienkolleg sind viel höher als an deutschen Gymnasien, zu dem wird das Kolleg zu politischer Disziplinierung mißbraucht. Aufgrund des reaktionären Ausländergesetzes droht jedem ausländischem Studenten die Ausweisung bei politischer Tätigkeit. Dazu kommt die Bedrohung durch Geheimpolizeien ihrer Heimatländer, die ihre Informationen oft von deutschen Behörden erhalten.

Aufgaben des ASTA's sind hier:

- die Förderung der Kommunikation unter ausländischen und zwischen ausländischen und deutschen Studenten durch gemeinsame Veranstaltungen.
- Förderung der Kommunikation der verschiedenen ausländischen Studententvereinigungen in dem der ASTA als anlaufende Kontaktstelle fungiert.
- Betreuung der ausländischen Erstsemester-Studenten
- Mitvertretung der Interessen der Studienkollegiaten
- allgemeine Beratung und Unterstützung sowie Rechtsberatung und Rechtshilfe ausländischer Studenten
- Information der Studentenschaft über die Vorgänge in den Heimatländern der ausländischen Kommilitonen
- Information der Studentenschaft über Fragen und Probleme ausländischer Studenten
- die Forderung von Einführungssemester statt Studienkolleg
- die Forderung von Bafög für ausländische Studenten.

Dieser Aufgabenbereich wurde bisher dem AstA-Ausländerreferenten zugeteilt. In der Praxis stellte sich jedoch immer mehr heraus, daß die Zusammenarbeit und Kommunikation zwischen Ausländerreferent und dem übrigen AstA äußerst unzureichend war. Die einzelnen AstA-Referenten fühlten sich für die Angelegenheiten der ausländischen Studenten nicht verantwortlich, weil ja ein Ausländerreferent dafür zuständig war, und dieser wiederum arbeitete meistens losgelöst vom restlichen AstA weniger für die Gesamtheit aller ausländischen Studenten als für die seiner eigenen Nationalität.

Aus diesem Grund bestand Einigkeit darüber, sowohl im alten AstA als auch unter den Kandidaten für den neuen AstA, das Ausländerreferat in seiner bisherigen Form aufzugeben. Stattdessen soll künftig das Sozialreferat mit zwei Referenten besetzt werden, wobei das bisherige Ausländerreferat im neuen zweiten Sozialreferat aufgeht.

Die Betreuung der Ausländer und die Aufgaben des ehemaligen Ausländerreferenten sollen künftig vom gesamten AstA, schwerpunktmäßig aber von den beiden Sozialreferenten übernommen werden. Zur Problematik der Interessensvertretung der ausländischen Studenten soll eine Ausländer-VV durchgeführt werden, wo die Ausländer selbst ihre Vorstellungen von einer Interessensvertretung artikulieren und diskutieren. Der AstA wird konkrete Vorschläge aufnehmen und in seine Arbeit integrieren.

Der bisherige Stand der Diskussion sieht für die beiden Sozialreferate folgende Aufgabenverteilung vor:

Sozialreferat I:

- Allgemeine Sozialberatung
- Bafög-Beratung
- Vertretung der Studentenschaft im Förderungsausschuß
- Vertretung der Studenten gegenüber dem StuWe
- Kontakt zur psychoterapeutischen Beratungsstelle der THD
- Mensa - Freitisch
- Information der Studentenschaft über allgemeine und speziell die Studenten betreffende sozial-politische Vorgänge.

Sozialreferat II

- Allgemeine Sozialberatung
- Miet- und Wohnberatung
- Kontakt zu Bürgerinitiativen und Mietervereinen
- Information der Studentenschaft über Fragen und Formen des studentischen Wohnens
- Vertretung der Studentenschaft gegenüber dem DAAD
- Wohnheimbetreuung und Kontakt zu Wohnheimspreichern
- Anlaufstelle für Ausländer
- Kontakt zu ausländischen Studentengruppen

Frauenarbeit

Der AstA unterstützt die Arbeit von interessierten Frauengruppen der THD, die sich mit spezifischen Problemen von Frauen in Universitäten und in der Gesellschaft beschäftigen.

Öffentlichkeitsarbeit

Die Hochschule ist keineswegs ein Ort, an dem losgelöst von gesellschaftlichen Bedingungen freie, unabhängige Forschung und Lehre betrieben werden kann, sondern ist, wie jede andere Ausbildungsanstalt den in diesem Staat herrschenden politischen und wirtschaftlichen Kraftverhältnissen ausgesetzt.

Wir werden deshalb Bestrebungen unterstützen, die zum Ziel haben, die Studentenschaft auf ihre Verantwortung gegenüber der Gesellschaft aufmerksam zu machen. Wir werden den Studenten Entscheidungshilfen zu Meinungsbildung geben und werden uns bemühen, mehr Studenten in diesen Prozess miteinzubeziehen.

Der AstA wird deshalb auch weiterhin Information über politische Vorgänge innerhalb und außerhalb der Hochschule liefern, welche für die Studenten von besonderer Wichtigkeit sind. Dabei kann es sich nicht nur um Information aus dem Bildungsbereich handeln auch wichtige innen- und außenpolitische Vorgänge werden im Interesse der Studenten nicht verschwiegen. Der AstA wendet sich nochmals gegen die Bestimmungen des HRG, die der Studentenschaft das Recht auf politische Meinungsäußerung beschneiden.

Schwerpunkte unserer Informations- und Öffentlichkeitsarbeit sind:

- der Infereferent wird Informationen aus der Hochschule an die Öffentlichkeit bringen und umgekehrt die Studentenschaft mit Informationen von außen versorgen.
- Informationsaustausch innerhalb der Studentenschaft der THD. Der Infereferent wird in Zusammenarbeit mit dem Fachschaftsreferenten den Kontakt zu den einzelnen Fachbereichen suchen, Um den Informationsfluß zwischen den einzelnen Fachschaften und den Fachschaften und dem AstA zu unterstützen
- Der AstA wird auch weiterhin Publikationen über Vorgänge, die für die Studentenschaft von Interesse sind veröffentlichen und eine verstärkte Diskussion innerhalb der Studentenschaft vorantreiben. Wir werden keine Berge von ungelesenem Papier produzieren, allerdings werden wir zu wichtigen Themen Stellung nehmen.
- Der AstA wird seine Möglichkeiten z.B. Presseerklärung und Bevölkerungsmittelungen nutzen um die Öffentlichkeit über Aktivitäten Selbstverständnis und Ziele der Studentenschaft zu informieren.
- Der AstA sucht den Kontakt zu interessierten Bürgern z.B. Schülern, Bürgerinitiativen und Gewerkschaften mit dem Ziel einer verstärkten Zusammenarbeit und gegenseitigen Unterstützung.

-7-

Weiterhin soll durch Beratung und Rechtshilfe im Einzelfall alle Bafögmöglichkeiten ausgeschöpft werden.

Als Forderung und Ziel sieht der AstA in nächster Zeit:

- den Bafög-Hochsatz auf DM 700,-- anzuheben
- den Elternfreibetrag auf DM 1.400,-- anzuheben
- den relativen Freibetrag auf 40 % anzuheben.
- jährliche Anpassung des Bafögs an die gestiegenen Lebenshaltungskosten
- Abschaffung des Grunddarlehens
- keine Diskriminierung bei Fachrichtungswechsel und durch Förderungs-
höchstdauer
- keine Diskriminierung der Studenten des zweiten Bildungsweges
- keine politische Disziplinierung durch Bafög-Entzug
- Förderung für ausländische Studenten

Wohnsituation

Die Wohnsituation der Studenten ist ähnlich schlecht wie ihre finanzielle Lage. Nur ein sechstel aller Darmstädter Studenten leben in Studentenwohnheimen. Die anderen sind auf den freien Wohnungsmarkt angewiesen bzw. müssen täglich zwischen Wohnort und Darmstadt hin und her pendeln, wodurch sich der Zeitaufwand für das Studium beträchtlich vergrößert und die Lernbedingungen sich verschlechtern.

Auf dem freien Wohnungsmarkt sind die Preise durch die übergroße Nachfrage von Studenten oft sehr hoch bzw. es werden auch sehr schlecht ausgestattete Wohnungen zu überhöhten Preisen vermietet

In Darmstadt wird trotz des äußerst knappen Wohnungsangebotes viel für Studenten interessanter Wohnraum zerstört. Stattdessen werden Straßen, Bürohochhäuser oder auch Appartmenthäuser gebaut.

Die Möglichkeiten kollektiven Wohnens (Wohngemeinschaften) verschlechtern sich ständig, da immer weniger Vermieter bereit sind, an Wohngemeinschaften zu vermieten. Dies liegt zum einen an der unkonventionelleren Wohn- und Lebensweise von Wohngemeinschaften, zum großen Teil aber auch, an dem angespannten politischen Hetzklima, das in den letzten Jahren in der BRD entstanden ist.

Werden Wohnungen doch an Wohngemeinschaften vermietet, dann oft zu total überhöhten Preisen (Beispiel aus den letzten Wochen: 5 Zimmer-Wohnung für Wohngemeinschaft für DM 1.000,-- + Maklerkosten) vermietet. Weiter eignen sich Neu-Bau-Wohnungen kaum zu kollektivem Wohnen, da die Zimmergrößen sehr unterschiedlich sind bzw. die Wohnungen sehr klein sind.

Der AstA sieht auf diesem Gebiet als Aufgabe:

- sich für die Schaffung neuer Wohnheimplätze einzusetzen und gleichzeitig Vorschläge und Initiative zu entwickeln um die Isolierung der Studenten in den Wohnheimen aufzuheben, dazu muß der Kontakt zwischen AstA und Wohnheimbewohnern hergestellt werden.

-12-

Der AstA führte ein großes HS-Fest durch (seit einigen Jahren das erste), auf dem ca. 5.000 Studenten anwesend waren. Zudem unterhält er weiterhin den Schloßkeller.

Durch die Herausgabe einer umfangreichen Erstsemester-WUB wurden wichtige Informationen für Anfänger bekannt gemacht.

Zu den Problemen der AstA-Arbeit ist festzustellen, daß kaum eine Koordination mit der Arbeit des Gesamt-AstA stattfand und darüber hinaus zu wenig über die Ausländer-Probleme informiert wurde und deshalb auch kaum Aktionen stattfanden. Hier muß in Zusammenarbeit mit den Organisationen der ausl- Studenten eine kontinuierliche Zusammenarbeit angestrebt werden.

Bei der Koordination AstA/zentrale Gremien konnten Verbesserungen verzeichnet werden, da die AstA-Referenten selbst Mitglieder wichtiger Gremien waren. Hier ist der Vorschlag zu prüfen, inwieweit in Zukunft wie beim Sozialreferent/FA eine Personalunion durchgeführt werden kann.

Die Zusammenarbeit mit den Fachschaften u. die Unterstützung bei ihrer Arbeit wurde im letzten Semester ausgeweitet. Eine weitere Vertiefung der Zusammenarbeit ist hier jedoch erforderlich.

Im Sozialbereich konnten nicht alle Probleme angegangen werden. Hier müßte eine breitere Information durchgeführt werden. (Vgl. hierzu Einzelberichte)

Hochschulreferent

Als Hochschulreferent war ich insbesondere an der Durchführung u. Planung der vom AstA gemeinsam getragenen Aktionen beteiligt.

Ich legte folgende Schwerpunkte:

1. HHG
2. Information zu Schwerpunktthemen (z.B. pol. Mandat) Mitarbeit bei den AstA-Infos, etc
3. Gremienkoordination (insb. StO, MB, Geologie, Ausländerzulassung, etc.)
4. Unterstützung des Wahlausschusses bei der Durchführung der Wahlen
5. Koordination mit anderen Asten.

Ein von mir angestrebtes Ziel, zu wichtigen Themen 1-2 Veranstaltungen pro Semester durchzuführen, konnte ich nicht erreichen. Es wurden lediglich mit anderen Organisationen gemeinsame Veranstaltungen durchgeführt.

Fachschaftsreferent

Allgemeine Koordination der Fachschaftsarbeit

Zu Beginn meiner Arbeit fand ich folgende Situation vor: das Referat war ein halbes Jahr nicht besetzt, die Daten über die Fachschaften waren zum Teil nicht mehr aktuell.

In zwei Fachbereichen (FB 6 und FB 10) existierten gar keine Fachschaftsvertretungen. Das hat sich allerdings seit Juli 78 geändert.

Von dieser Ausgangslage versuchte ich die Arbeit mit folgenden

zu 3.: Beim Kampf gegen die Verabschiedung der LHG's zeigten sich sehr deutlich die Möglichkeiten, aber auch Grenzen studentischer Interessenswahrnehmung innerhalb der verfaßten Studentenschaft: Zwar waren ASten und Fachschaftsvertreter in der Lage eine breite Protestbewegung gegen HRG und LHG's zu inszenieren und punktuelle Erfolge auch gemeinsam mit anderen Hochschulangehörigen zu erzielen, aber der parlamentarische Rahmen und der hierarchische Aufbau der Verfaßten Studentenschaft verhinderten, daß sich in stärkerem Maße Studenten an der politischen Arbeit beteiligten und über die "Aktion von oben" hinaus organisierten. Durch Ordnungsrecht, Vermögensbeirat etc. sollen vor allem der politische Arbeitsrahmen der Verfaßten Studentenschaft erheblich eingeschränkt und die Studentenschaft ihrer Selbstbestimmungsmöglichkeiten beraubt werden, so daß eine Diskussion innerhalb der Studentenschaft um die Frage einer vom Staat unabhängigen Studentenorganisation notwendig wird.

- Dazu ist eine intensive Meinungsbildung innerhalb der Studentenschaft notwendig. Voraussetzung dafür ist eine umfassende Darstellung der Wirkungen des HRG, wie sie sich z.B. in den gesetzlichen Bestimmungen der Kontrollorgane Vermögensbeirat u. Ordnungsausschuß niederschlagen. Im besonderen muß ihre politische Funktion dargestellt werden.

- Um außerdem einer Vertreterpolitik der ASten und Fachschaften zu verhindern und eine stärkere Mobilisierung der Studenten zu erzielen, wird der AStA im kommenden Semester das Problem studentischer Interessensvertretung und - Wahrnehmung innerhalb der Studentenschaft zur Diskussion stellen und dazu eine WUB anfertigen.

kopiert und verteilt werden.
Die Auswahl der Artikel gliederte sich nach folgenden Bereichen:

1. Hochschul- und Bildungspolitik
2. Demokrat. Rechte und Freiheiten, Berufsverbote, Russel-Tribunal
3. Gewerkschaften, Wirtschaftspolitik, Sozialpolitik
4. Eüstung, Bürgerinitiativen, KKW's
5. Ausland

Durch die große Anzahl der Tageszeitungen, die der AStA bezieht, hat das IB schließlich einen beachtlichen Umfang angenommen, worüber sich die Fachschaften beklagt haben. Deshalb hat der AStA beschlossen künftig, das IB auf Hochschul- und Bildungspolitik zu beschränken, die restlichen Artikel im Info zu ordnen und zu sammeln, wo sie jedem Interessierten zur Verfügung stehen.

4. Öffentlichkeitsarbeit:

Durch mehrere Presseerklärungen wurde versucht den Kontakt zur Presse aufrecht zu erhalten. Leider mußten wir die Erfahrung machen, daß die örtlichen Zeitungen (Echo, Tagblatt) unsere Presseerklärungen ignorierten und vielfach nicht abdruckten.

Es wurde ein Bevölkerungsflugblatt erstellt, welches während des Fußmarsches nach Wiesbaden an die Bevölkerung verteilt wurde, außerdem ein Schülerinfo, um die Schüler über das Hessische Hochschulgesetz zu informieren und eine Diskussion darüber auch an den Schulen zu initiieren.

Archiv: in den letzten Wochen der Semesterferien hatte ich wieder mehr Zeit, um mich verstärkt dem Archiv zu widmen. Zusammen mit einer Aushilfskraft wurde der Inhalt mehrerer Ordner (UDS, AStA und Studentenschaft, Landtag u.a.) überarbeitet sortiert und chronologisch geordnet.

Die Bestände des Archivs nach Sachgebiet geordnet.

Mangels Zeit konnte das Archiv nicht vollständig geordnet werden: Vor allem ältere Publikationen liegen immer noch als Los-Blatt Sammlung vor. Dies alles zu ordnen und zu archivieren würde einen Zeitaufwand von mindestens einem Jahr erfordern, regelmäßige Arbeit vorausgesetzt. Es ist deshalb zu überlegen ob nicht eine Aushilfskraft für diesen Zeitraum eingestellt werden soll.

Sozialreferent

Neben der allgemeinen AStA-Arbeit lag einer der Schwerpunkte der referatsspezifischen Arbeit im letzten Jahr in der individuellen Beratung von Studenten in sozialen Fragen.

Im Vordergrund stand dabei das BAFöG, speziell die Beratung von Studenten, deren BAFöG-Anspruch davon abhing, wie der Förderungsausschuß in Ihrer Sache entschied. An 2. Stelle standen Schwierigkeiten mit Vermietern. Ansonsten erwähnenswert sind nur noch Streitigkeiten von Studenten mit ihren Eltern wegen des Unterhaltsanspruchs.

In Zusammenhang mit der Beratung, steht meine Arbeit als studentischer Vertreter im Förderungsausschuß. Die dort abgelehnten Studenten habe ich wie mein Vorgänger, angeschrieben und zu einer Beratung gebeten, wovon allerdings wenig Gebrauch gemacht wurde.

Unter den momentanen Bedingungen beschränkt sich deshalb die Mitarbeit der studentischen Vertreter in den Gremien wie dem FB-Rat darauf, bei der Neugestaltung der Studiengänge punktuell drastischen Verschlechterungen entgegenzuwirken und die Studenten über die Vorgänge, entscheidungen etc. v.a. im FB-Rat zu informieren. Vor allem müssen die studentischen Vertreter in den Gremien verstärkt in die Diskussion innerhalb der Fachschaften einbezogen werden.

Konkret bedeutet das:

- Der Kontakt der Studentenvertreter in den FB-Räten mit den Fachschaften muß intensiviert und ein Erfahrungs- und Informationsaustausch hergestellt werden. Eine kontinuierliche Teilnahme der studentischen Vertreter an den Sitzungen der Fachschaften ist deshalb unbedingt notwendig.
- Auf Fachschaftssitzungen werden die ASTA-Referenten Informationen aus den anderen Fachbereichen weiterleiten und damit die Isolation der Fachschaften untereinander überwinden helfen. Die Ergebnisse dieser FS-Sitzungen sollen in einem Rundbrief des FS-Referenten zusammengefaßt werden.

- Materialien und Stellungnahmen von Organisationen, Verbänden etc. (z.B. GEW)

wird der ASTA den Fachschaften zur Verfügung stellen.

zu 2.: In besonderem Maße wird der ASTA die Zusammenarbeit mit den Fachschaften verändern, um der Isolation ^{und} Abgehobenheit der ASTA-Arbeit von der "Basis" entgegenzuwirken. Ziel der ASTA-Arbeit ist keine Stellvertreterpolitik, die den Studenten Aktionen, Kampagnen etc. vorsezt, sondern sie muß konkret an den Problemen an den einzelnen Fachbereichen orientiert werden und von diesen ausgehen. Die Erfahrung mit dem Fachschaftsvertreterplenum zeigt, daß diese Form der Zusammenarbeit weder ASTA noch Fachschaften zufriedenstellen konnten. In Zukunft werden deshalb alle ASTA-Referenten kontinuierlich an den Sitzungen der Fachschaften teilnehmen, wobei jeweils ein Referent mehrere Fachschaften besuchen wird.

Ziel der ASTA-Arbeit muß es deshalb sein, studentische Aktivitäten an den einzelnen Fachbereichen zu unterstützen und gleichzeitig die Fachschaftsarbeit zu koordinieren. Der Informations- und Erfahrungsaustausch zwischen ASTA und Fachschaften muß deshalb verbessert werden.

Konkret schlagen wir vor:

- Da die Erstsemester am stärksten von den Wirkungen der LHG's (u.a. durch die Übergangsbedingungen der Regelstudienzeit) betroffen sind, kommt der Erstsemestertbetreuung besondere Bedeutung zu. In den einzelnen Fachschaften muß die Diskussion um Orientierungseinheiten und die Bildung von Erstsemesterguppen angeregt bzw. vorangetrieben werden, indem ein größtmöglicher Erfahrungs- und Informationsaustausch zwischen den einzelnen Fachschaften ermöglicht wird. Dazu soll der ASTA über

sten Punkte, die ich berichten möchte.

Finanzreferent

Zu Beginn meiner Amtsperiode im Finanzreferat wurde meine Arbeit durch den unerwarteten Wechsel der Geschäftsführer erheblich erschwert.

Neben der Beteiligung an der allgemeinen ASTA-Arbeit (vgl. auch den allgem. Teil des ASTA-Rechenschaftsberichts) habe ich meine Tätigkeit im Finanzreferat im wesentlichen auf folgende Themen konzentriert.

Geschäftsbetrieb:

Zu Beginn des SS 78 wurde der Druckbetrieb von einer Offset-Maschine auf einen Kopierautomaten - Rank-Xerox 9200 - umgestellt. Der Vorteil liegt darin, daß in der gebräuchlichsten Auflagenhöhe (Fachschaftsinfos etc.) bei Offset-Qualität wesentlich kostengünstiger kopiert und sortiert werden kann. Neben zwei weiteren RX-Buchkopierern wurde ein Schneidetisch und eine Bindemaschine angeschafft, wodurch es möglich wurde z.B. auch Dissertationen kostengünstig zu drucken. Die mangelnde Zahlungsmoral der meisten Druckereikunden (fast alle pol. Gruppen) machten es notwendig (wenn die Außenstände nicht ins astronomische steigen sollen - z.Zt. schon bei ca. DM 20.000,--), daß alle Rechnungsbeträge bis zu DM 100,-- bar bezahlt werden müssen.

Ein größerer Defekt der alten Buchungsmaschine machte es notwendig, daß eine gut erhaltene gebrauchte Buchungsmaschine angeschafft wurde, die den Erfordernissen der ASTA-Geschäftsführung genügt. Bedingt durch die Erweiterung des Geschäftsbetriebes (Steigerung der Kassen - Ein und Ausgänge) erscheint es mir notwendig, daß der ASTA sich eine Registrierkasse anschafft, um eine genaue und sichere Kassenführung zu gewährleisten.

Haushalt:

Der Jahresabschluß 77 wurde inzwischen erstellt und liegt jetzt vor. Zum Haushalt 78 ist bis jetzt zu sagen, daß er voraussichtlich insgesamt eingehalten werden kann. Jedoch ist hierbei folgendes zu berücksichtigen. Das Finanzamt Darmstadt hat im Oktober 78 im ASTA THD eine Lohnsteuer-Außenprüfung durchgeführt. Für die letzten 5 Jahre soll der ASTA für gezahlte Aushilfslöhne und Aufwandsentschädigungen (AE) Lohnsteuer von ca. 35.000,-- DM nachzahlen (Bescheid des Finanzamtes liegt noch nicht vor). Rechtlich umstritten ist die Zahlung von Lohnsteuer für Aufwandsentschädigungen. Sollte das Finanzamt dem Antrag des ASTA's stattgeben, für AE's keine Lohnsteuer für die letzten 5 Jahre zahlen zu müssen, erniedrigt sich der Betrag auf ca. 20.000,-- Ab sofort müssen jedoch die Aushilfslöhne u. AE's versteuert werden.

Finanzordnung:

Durch das Hess. Hochschulgesetz (HHG) vom 6.6.78 wurden durch die §§ 68 und 13 HHG die entsprechenden Passagen der Finanzordnung der Studentenschaft der THD (§§ 38 + 39 u. 42) geändert, da das HHG un-mittelbar geltendes Recht ist. Zu gegebener Zeit müßte die Finanzordnung entsprechend redaktionell geändert werden.